

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
Sind in der Morgenausgabe anzusehen  
Redaktion: 53. 66. Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 262-268  
Tel.-Abteilung: Sozialdemokrat Berlin

# Vormwärts

## Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Freitag  
6. Februar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Jochenst-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Stresemanns Ruhegelder.

Er will durchaus die Verantwortung abwälzen.

Die Erklärung der früheren sozialdemokratischen Reichsminister Dr. Hilferding, Robert Schmidt und Sallmann wird von den meisten bürgerlichen Blättern widerspruchslos abgedruckt. Die klare Feststellung, daß das Protokoll über die Kabinettsitzung ausweist, daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder keine Verantwortung für die vorgelegten Vertragsentwürfe übernehmen konnten und deshalb die Beteiligung an der Beschlussfassung ablehnten, hat demnach ihren Eindruck nicht verfehlt.

Daß die „Rote Fahne“ ihre Verleumdungen aufrecht erhält, ist selbstverständlich. In ihrer Gesellschaft befindet sich aber auch die „Zeit“, das Organ des Herrn Stresemann, der sich früher für die Anständigkeit im politischen Leben aussprach. Die „Zeit“ verweist darauf, daß am 20. Oktober der grundsätzliche Beschluß, eine Entschädigungspflicht auf das Reich zu übernehmen, gefaßt worden sei. Das ist richtig, aber völlig unerheblich. Denn niemand hat sich bisher für die grundsätzliche Ablehnung jeder Entschädigung ausgesprochen. Es ist aber eine bewusste Verdrehung des Sachverhalts, wenn damit gesetzliche und in voller Heimlichkeit durchgeführte doppelte und dreifache Entschädigungszahlungen gerechtfertigt werden soll.

Auch die Erklärung Stresemanns am 25. Oktober 1924 in Hagen ändert daran nichts. Dort hat sich Stresemann lediglich dahin ausgesprochen, daß das Reich die Garantie für Zinszahlung und Abzahlung ausländischer Kredite nach völliger Ordnung der Reichsfinanzen übernehmen wolle. Das, was das Reichskabinet später getan hat, hat er dort nicht erklärt. Seine Zusagen waren für die Industriellen damals so unbefriedigend, daß Herr Hugo Stinnes sie nie anders als „Mondwechsel“ bezeichnet hat. Auf die damalige Stresemannsche Erklärung hin hat der Ruhrindustrie niemand auch nur einen Pfennig gegeben.

Wenn dann schließlich die „Zeit“ als bedeutendstes Argument anführt, Sallmann habe dieser Erklärung Stresemanns nicht widersprochen, so will das auch nichts sagen, denn dazu lag keine Veranlassung vor. Im übrigen aber wollen wir der „Zeit“ und ihren Hintermännern doch ganz deutlich sagen: Wir halten es nicht für die Aufgabe von Sozialdemokraten, zu jedem Gerede und jeder Ausflucht des Herrn Stresemann eine Richtige zu geben. Am allerwenigsten war das die Aufgabe von sozialdemokratischen Reichsministern. Und für den Reichskanzler, der nicht weiß, was er zu sagen hat, auch wenn er Stresemann heißt, trägt nicht die Sozialdemokratie die Verantwortung, sondern die Deutsche Volkspartei. Das scheint man inzwischen ja auch eingesehen zu haben, denn in der neuen Rechtsregierung ist Herr Stresemann vom Reichskanzler Dr. Luther ein Maulkorb angelegt worden, der nur für Reden hinter verschlossenen Türen ab und zu abgenommen wird.

### Sprit-Weber und die Volkspartei.

Wer zählt, ist willkommen!

Die Mitteilung, daß der bekannte Sprit-Weber durch den Abgeordneten Stresemann höchstselbst in den Reichsklub der Deutschen Volkspartei eingeführt wurde, ist den Volksparteilern begreiflicherweise sehr unangenehm. Sie haben zunächst die Aufmerksamkeit ablenken wollen, indem sie behaupteten, die Einführung sei nur durch Frau v. Oheimb erfolgt. Jetzt aber muß der Reichsklub der Volkspartei in der „Zeit“ folgendes Zugeständnis machen:

Die Einführung des H. Weber erfolgte seinerzeit durch Frau von Oheimb, die auch Herrn Dr. Stresemann veranlaßte, Patentsache zu übernehmen. An Beiträgen usw. hat W. insgesamt übernommen:

1. Am 13. April 1923 Eintrittsgeld, Beitrag und Stiftung 250 000 Papiermark oder 40,60 Goldmark.
2. Am 29. Juni 1923 Beitrag 50 000 Papiermark oder 1,40 Goldmark.
3. Am 13. Oktober 1923 Beitrag 3000 Millionen Papiermark oder 3,15 Goldmark.
4. Am 28. März 1924 Beitrag 24 Goldmark, also insgesamt 78,15 Goldmark.

Weitere Beiträge kamen nicht mehr in Frage, weil W. längst seine Mitgliedschaft verloren hat.

Außerdem gibt die „Zeit“ zu, daß die Firma des Sprit-Weber, als er selbst dem Klub beitrug, der „Zeit“ für Propagandazwecke einen größeren Beitrag überwies. Hat das „Berliner Tageblatt“ diesen Betrag auf 20 000 M. beziffert, die „Zeit“ will ihn aber nur — in Goldmark umgerechnet — in Höhe von 520 M. anerkennen.

Damit gibt die „Zeit“ ohne weiteres zu, daß sie ihre Propaganda mit Zuwendungen bestritten hat, die von irgendwelchen außenstehenden Fabrikanten oder sonstigen Geschäftsleuten gewährt wurden, nicht aber nur aus Mitteln, die in dem Geschäftsbetrieb des Verlages selbst investiert waren oder erübrigt wurden. Als milderer Umstand macht sie geltend, es komme doch schließlich darauf an, ob die betreffende Person in dem herangezogenen Zeitpunkt bereits notorisch belastet war. H. Webers Integrität wäre aber zur Zeit seines Eintritts in den Reichsklub nicht in Frage gestellt gewesen. Und weiterhin: „Welchen

Grund hätte Dr. Stresemann haben sollen, einen Fabrikbesitzer nicht in den Reichsklub zuzulassen, gegen den nichts Belastendes vorlag?“

Natürlich, da es sich um einen Fabrikbesitzer handelte, der zudem noch recht tief in die Tasche griff, konnte Dr. Stresemann als Führer der Fabrikantenpartei nicht gut etwas gegen ihn einwenden. Er hätte seiner Partei sonst doch eine möglicherweise reichlich fließende Quelle verstopfen können. Aber was Herrn Stresemann recht ist, darf nach volksparteilicher Ansicht nicht ohne weiteres für andere Parteien billig sein. Deswegen macht die „Zeit“ und ein großer Teil der volksparteilichen Presse die Barmat-Hege um so eifriger mit, als sie die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Blößen ablenken müssen.

Frau v. Oheimb erklärt zu ihrer Rechtfertigung in der „Zeit“:

„Was die Aufnahme des Herrn Weber in den Klub der Deutschen Volkspartei betrifft, so habe ich die Patentsache gemeinsam mit Herrn Dr. Stresemann seinerzeit übernommen, da wir beide der Ansicht waren, daß Herr Weber ein durchaus anständiger und gutsituerter Geschäftsmann sei, dessen Zugehörigkeit zum volksparteilichen Klub für die Partei nur von Nutzen sein könnte. Daß Herr Weber später als Spritschieber entpuppte, hat uns, die wir ihn persönlich etwas kannten, sicher noch mehr erstaunt, als alle anderen.“

Alles sehr schön gesagt und einleuchtend. Aber der volksparteiliche Spritschieber Weber ist notorisch flüchtig gegangen. Er wird stechbrieflich verfolgt und soll jetzt von der Tschekoslowakei ausgeliefert werden. Gegen Barmat, der nicht flüchtig ging, ist die ganze journalistische Meute losgelassen. Staatsanwalt und Untersuchungsrichter bemühen sich seit Ende Dezember, ihm irgendeinen strafbaren Tatbestand nachzuweisen. Aber bis heute ist das immer noch nicht so weit gelang, daß eine Anklageschrift zustande gebracht würde.

Wozin unterscheidet sich also der volksparteiliche Spritschieber von dem Hölzländer Barmat, der sein ganzes Vermögen einer Treuhandgesellschaft überantwortet hat, um seine Gläubiger vor Schäden zu bewahren?

### Ausland und Ruhrskandal.

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Skandal der Ruhrrentschädigung, die das Kabinet Luther-Stresemann den Magnaten der Schwerindustrie ohne Zustimmung des Reichstages hat ausbezahlen lassen, beschäftigt die öffentliche Meinung in Frankreich in wachsendem Maße. In den politischen Kreisen geht das bisher allerdings unbestätigte Gerücht, daß die französische Regierung in der Verwendung eines großen Teils der internationalen Reparationsanleihe eine Verletzung des Dawes-Planes erblickt und darüber in einen Meinungsaustrausch mit den Regierungen in Washington und London eingetreten sei. Ein Teil der linken Blätter behauptet darüber hinaus, daß die Gelder aus einem Geheimfonds stammten, den die deutsche Regierung ohne Wissen der auf Grund des Dawes-Planes eingesetzten Kontrollorgane sich geschaffen habe, eine Auffassung, gegen die, wie der „New York Herald“ zu berichten weiß, der Generalagent für die Reparationszahlungen Gilbert bereits ablehnend sich ausgesprochen habe. Gilbert habe außerdem den englischen und amerikanischen Korrespondenten in Berlin erklärt, daß es sich bei dem Skandal um eine rein innerdeutsche Angelegenheit handle, die mit dem Dawes-Plan nicht das geringste zu tun habe. Solange Deutschland die von ihm übernommenen Verpflichtungen pünktlich einhalte, stehe es ihm frei, über seine Budgeteinnahmen nach eigenem Gutachten zu verfügen.

### Minister und Schieberbank.

Die Geschäfte der Depositen- und Handelsbank.

Wolff-Bureau teilt mit: Zu der Redung des „Vormwärts“ in der heutigen Morgenausgabe über eine der Depositen- und Handelsbank gegebenen Empfehlung erfahren wir von unterrichteter Stelle:

„Die vom „Vormwärts“ veröffentlichte Urkunde ist echt. Diese Empfehlung wurde am 26. Oktober 1923 durch den Reichspostminister ausgestellt, damit der Depositen- und Handelsbank für im Interesse des Reiches vorzunehmende Goldkäufe die Erlaubnis zum Devisenhandel erteilt werde. Der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann und der Reichsverkehrsminister Deser haben auf Wunsch des Reichspostministers Dr. Höfle ihr Einverständnis erklärt. Als nach wenigen Tagen über die Depositen- und Handelsbank von Seiten des Devisenkommissars ungünstig berichtet wurde, ist die sofortige Einziehung des Empfehlungsschreibens angeordnet worden. Das Schreiben ist am 12. November wieder eingezogen worden, so daß es sich nur etwa 14 Tage in den Händen der Depositen- und Handelsbank befunden hat.“

An diese Erklärung sind eine Reihe weiterer Fragen zu knüpfen:

1. Wie ist die Verbindung zwischen der Depositen- und Handelsbank und Dr. Höfle zustande gekommen?
2. Wieso haben die Macher der Depositen- und Handelsbank in der Zeit ihrer Geschäftsverbindung mit Reichsstellen, die sich bis Ende Dezember 1923 erstreckten, verdient auf Kosten des Reiches?
3. Warum sind die Verbindungen nicht mit dem 12. November abgebrochen worden?
4. Welcher Art waren diese Verbindungen?

## In der Sackgasse.

Der „scharfe Kurs“ des Faschismus festgefahren.  
(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, 2. Februar 1925.

Den Vorwand für den Uebergang zum neuen Kurs, den der Ministerrat vom 30. Dezember und vom 3. Januar über das Land verhängt hat, bestand bekanntlich in der Unruhe der italienischen Valuta. In Wirklichkeit wollte man weiteren Enthüllungen von der Art der Denkschrift Rossis den Riegel vorschieben. Man nahm also den Mund recht voll, als ob man in 48 Stunden zum mindesten den „Aventin“ zerstäubt und durchgefiebt haben würde.

Der Erfolg der Gewaltaktion war aber bis jetzt sehr gering. Die Börse hat sich ziemlich beruhigt, aber sie hat sich als Ruhepunkt eben jenen Tiefstand der Vira gewählt, der die ministerielle Panik, wenn nicht ausgelöst, so doch verschärft hat. Außerdem befindet sich die Regierung in einer peinlichen Lage, die sehr nach einer Sackgasse aussieht. Die große Geste der rächenden Gewalt hatte nur Sinn und Verstand, wenn sie sich gegen irgend etwas und irgend jemand richtete. Also mußte man die Fiktion von Unruhen, Komplotts, revolutionären Vorbereitungen aufrechterhalten; gleichzeitig wollte man aber den Fremdenstrom nicht abbrechen, der das Jubeljahr eben zum Jubeljahr macht, für welchen Fremdenstrom aber begreiflicherweise die Unruhen, Komplotts und revolutionären Vorbereitungen nicht gerade eine große Anziehungskraft darstellen.

Daher muß das Ausmaß so freundlich sein, zu glauben, daß die heutige Gewaltpolitik nötig ist, weil es „absolut so nicht mehr weitergehen konnte“, und gleichzeitig von der völligen Normalität und Friedlichkeit des italienischen Lebens überzeugt zu sein, der gegenüber das Sinken der italienischen Valuta und das Fernbleiben der Fremden in gleicher Weise unberechtigt sind. Ein Ausländer, der nicht glauben will, daß die italienische Regierung in einer Periode völliger Normalität das Vaterland durch eine Aera der Gewalt vor dem Untergang retten muß, ist zweifellos vom Aventin bestochen. Der Aventin besticht das Ausmaß und das Ausmaß seinerseits laßt sich den Aventin, damit er die Fremden abschaucht, deren Gold nun in ausmärrige Taschen rollt. Der arme Kinderreine in Geldsachen unerfahrene Faschismus ist wirklich in eine böse Zeit hineingeboren!

In der Sorge, daß seine ganze Energieeinsetzung schließlich im In- und Auslande durch ein homerisches Gelächter getrübt werden könnte, sucht der Faschismus die einander widerstreitenden Konsequenzen seiner Inkonsistenz wenigstens auf Schlechtere zu erreichen. In Rom hat man am 28. Januar ein Komplott zustande gebracht, aber es ist eine etwas tölpelhafte Nachbildung geworden. Hat man da irgendeinen gutgläubigen Burchen berebet, von den Carabinieri Dienstrevolver anzukaufen. Als man den „Schuldigen“ verhaftete, hatte er gerade — wie vorsichtig für einen Verschwörer! — die Liste seiner Mitverschworenen in der Tasche. Diese ordentliche Buchführung ermöglichte zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der republikanischen Jugendorganisation, besinnlichste aber den Realismus der Komplottkomödie weltlich.

Gleichzeitig versuchte man, den Block der Opposition des Aventins zu sprengen, obwohl die einfachste Erfahrung zeigt, daß der Druck von außen derartige Koalitionen gerade fest zusammenhämmert. Der Nationalrat der Meritalen Volkspartei hatte am 24. Januar einen Aufruf an seine Mitglieder erlassen, in dem der Satz aufgestellt war: festes Zusammenhalten bis zum Sturz der heutigen Regierung und der Rückkehr zur Gesetzmäßigkeit und Verfassung; nach Erreichung dieses Ziels Zusammenarbeit mit den verfassungstreuen demokratischen Parteien! Nichts war und ist logischer als diese Leitlinie. Keinem vernünftigen Menschen kann es auch nur im Traum einfallen, daß die italienischen Meritalen in einer Periode normalen politischen Lebens gemeinsam mit Sozialisten und Republikanern vorgehen könnten. Es wäre sogar überflüssig gewesen, das heute überhaupt zu sagen; die Meritalen haben sicher dabei auf die Notwendigkeit der Propaganda unter den Massen Rücksicht genommen. Es ist leicht einzusehen, daß die Mitgliedschaft der Massenparteien, in erster Linie also der Sozialisten und der Meritalen, sich schwer in die Forderungen der heutigen Bündnispolitik hineindenken können.

Anstatt etwas so Selbstverständliches zu verstehen, sind die faschistische Presse ein Jubelgeschrei über die Spaltung des Blocks an. Erleichtert wurde ihr diese Taschenspielererei durch die Beschlagnehmung der Zeitungen, die den Aufruf des Nationalrates der Volkspartei veröffentlicht hatten. Da man den Aufruf nicht drucken durfte konnte man ihn ungehindert fälschen. Die Faschistenblätter legten es also den Sozialisten und den Republikanern als heilige Pflicht der Prinzipientreue ans Herz, so schnell wie möglich aus dem Oppositionsblock auszutreten. Das Manöver ist aber mißglückt, und die Opposition des Aventin hat am 29. Januar in einer außerordentlichen Sitzung ihres Komitees ihre Einmütigkeit und ihr festes Zusammenhalten noch einmal bestätigt und gegen die Fälschung des Sachverhalts durch die faschistische Presse protestiert. Diese Presse erlaubt sich in diesen Tagen wahre Orgien der Lüge und der Beschimpfung der Gegner, denn es ist ebenso gefahrlos wie ritterlich, auf einen gefesselten Gegner einzubauen.

Wenn die Verschwörungen und die Sprengungsversuche nicht glücken, so will man doch wenigstens vor der Wiederaufnahme der sog. „moralischen Frage“ durch die Opposition

sicher sein. Etwas verblüffend wirkt eine Aufforderung des „Popolo d'Italia“ vom 29. Januar folgenden Wortlauts, die in Riesenlettern unter dem Titel des Blattes prangt:

„Seit einiger Zeit verbreiten die dreckigen Kanakillen des Ventins auf unterirdische Weise das Gerücht, daß Benito Mussolini, Oberhaupt der Regierung Italiens und Heerführer des Faschismus, vor zehn Jahren in der Schweiz wegen eines gemeinen Verbrechens verurteilt worden wäre. Einer dieser inhuman Verleumder, den die römische Polizei in diesen Tagen arestiert hat, hat dem Polizeidirektor eine eindeutige Erklärung ausgestellt.“

Außerdem rühmt sich der Senator Luigi Albertini, den Wortlaut des Urteils zu besitzen. Wir fordern diesen Herrn ausdrücklich auf, dieses Dokument im Senat oder in seiner Zeitung „Corriere della Sera“ sofort zu veröffentlichen.“

Diese Aufforderung ist eigenartig, vielleicht unklug. Keine Zeitung des In- oder Auslands hat von einer Beurteilung Mussolinis wegen eines gemeinen Verbrechens gesprochen. Sehen die Herren der faschistischen Presse etwa Gespenster? Und hat diese Gespensterjagd vor vergangenen Dingen nicht etwas Neuropathisches? Albertini hat geantwortet, daß ihm das „Popolo d'Italia“ sagen möge, wann und wo er sich gerührt hätte, das erwähnte Dokument zu besitzen, worauf das „Popolo d'Italia“ die Schleißen seiner Schimpfloaken öffnet und mit einer Drohung endet. Gehören nun solche Episoden zu denen, die die Vaterlandsvorteilung erscheinen oder zu denen der Touristen anziehenden „Normalität“?

Einstweilen werden viel schlechte Witze gemacht über die „Pilger, die nicht kommen“. Der „Becco Gallo“, das biffige Witzblatt, bringt eine Annonce, in der authentische Pilger gegen freie Station und Gehalt gesucht werden. Der ministerielle „Travafo“ erzählt eine Pilgerankunft in mehreren Bildern: Zuerst ein Telegramm, das 3 520 877 Pilger anmeldet; dann eine Richtfeststellung: es sind nur 502 000. Ein dringendes Telegramm berichtet noch einmal: es sind nur 82 721, aber sie kommen sofort. Alle Zimmervermieter und Lebensmittelhändler vereinigen sich eiligst auf dem Fremdenbureau und einigen sich über einen allgemeinen Preisausschlag. Behörden, Musikkorps, Polizei und Scharen Neugieriger erwarten die Pilger, deren Zug mit 198 Minuten Verspätung ankommt. Dem Zuge entsteigt ein einziger, dem eine junge Frau an den Hals springt: „Mein lieber Pellegrino!“ Der Mann hieß mit Vornamen „Pellegrino“, was eben Pilger heißt!

Ganz so schlimm ist es natürlich nicht, aber immerhin läßt sich das Jahr sehr mager an. Man wird schließlich noch eine Kommission ernennen müssen, die amtlich feststellt, daß der „Aventin“ an diesem schlechten Fremdenverkehr schuld trägt, nicht das Ausnahmeregime der Regierung, das ein normaler Bürger eines normalen Landes ganz unwillkürlich als Rückschlag von Unruhen ansieht.

Hebrigens ist es charakteristisch für die Stellung des Faschismus, daß die faschistischen Blätter sich immer wieder zu scharfen Angriffen gegen den Finanzminister De Stefani hinziehen lassen. Man wirft dem Manne vor, nicht eine „sichere Finanzwirtschaft“ treiben zu wollen. Er hält etwas an dem Sparsystem fest, das der Faschismus bei Übernahme der Regierung zu verwirklichen gelobte. Da aber faschistische Partei und Staat daselbe sein soll und jeder Faschist sich als Aktionär des Staates fühlt, findet man De Stefani's Diabenden zu spärlich.

Vor allem wirft man ihm vor, kein Geld für die Unterhaltung der mit unglaublichem Defizit arbeitenden Faschistenpresse herauszurücken zu wollen. Diesem Defizit sollten die Beschlagnahmen der Oppositionspresse abhelfen, aber sie haben fast gar keine Erhöhung der Auflagen der Regierungsbücher mit sich gebracht. Außerdem wollte die Regierung, um der Abwendung der Beamten vom Faschismus Einhalt zu tun, den Staatsbeamten einen Teuerungszuschlag bewilligen, aber die Nachricht wird jetzt dahin eingeschränkt, daß erst die Deckung für die Mehrbelastung gefunden werden

müsse. Das alles empfinden die Faschisten als Sabotierung ihrer Parteinteressen, der gegenüber die unlegbare Kompetenz De Stefani's nicht ins Gewicht fällt. Vor allem sind es die „Extremisten“, die De Stefani los werden möchten.

Die tragische Geste der „eisernen Faust“ droht ein Possenspiel ohne Ende zu werden; sie stellt keine Lösung des italienischen Problems dar, sondern nur eine verschärfte Verwickelung.

## Der Fall Bauer.

### Beschluß des Prüfungsausschusses der Partei.

Der von den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags eingesehene Prüfungsausschuss nahm heute früh zum Fall Bauer-Barmat Stellung. Der Prüfungsausschuss vertrat einmütig die Auffassung, daß Genosse Bauer sein Reichstagsmandat sofort niederzulegen habe. Genosse Bauer erklärte sich dazu bereit.

## Der Sandwurm der Verleumdung.

### Er wächst immer weiter nach . . .

In Nr. 61 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 6. Februar taucht unter dem Titel „Barmats Butler aus Schmidts Kopf“ zum Sonntag die Behauptung auf, ein Teil der Gewinne, die Barmat durch die Einfuhrbewilligung von Lebensmitteln nach Deutschland erzielt habe, sei in die sozialdemokratische Parteilasse Deutschlands geflossen.

Der Parteivorstand erklärt hierzu, daß die Behauptung von A bis Z erlogen ist.

## Gegen kommunistische Verleumdungen.

Wir erhalten vom Landtagsabgeordneten Paul Hirsch folgende Zuschrift:

„Zu der in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung von dem Stadtverordneten Stoll aufgestellten Behauptung, daß sich in der Barmat-Affäre eine Quittung von mir über 50000 M. befindet, erkläre ich, daß ich von Herrn Barmat oder einem seiner Konzerne keinerlei Gelder erhalten habe. Ich habe trotzdem den Vorstehenden des Untersuchungsausschusses des Landtags gebeten, in der ihm geeignet erscheinenden Form für Aufklärung zu sorgen und behalte mir weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor.“

## Sachsen und die Firma Barmat.

Dresden, 6. Februar. (WZ.) Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt amtlich mit: In der Presse wird ein Bericht der „Sächsischen Zeitung“ wiedergegeben, der behauptet, daß die im Jahre 1920 zwischen der sächsischen Regierung und der Firma Barmat in Amsterdam getätigten Geschäfte durch Vermittlung des damaligen Ministerpräsidenten Buch erfolgt seien.

Diese Behauptung ist unrichtig. Am 6. November 1920 ist in einer außerordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums, an der der Ministerpräsident nicht teilnehmen konnte, auf Antrag des Ministers Schwarz die Bewilligung eines außerplanmäßigen außerordentlichen Kredits von 75 Millionen an das Wirtschaftsministerium zum Ankauf von Lebensmitteln beschlossen worden. Dieser Beschluß ist dann in einer unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Buch abgehaltenen ordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums vom 19. November 1920 bestätigt worden. In dieser Sitzung haben außer dem Ministerpräsidenten Buch teilgenommen die Minister Dr. Kühn, Reinhold, Dr. Harnisch und Dr. Segert.

Eine weitere Betätigung in irgendeiner anderen Form oder eine Vermittlung von Geschäften mit der Firma Barmat hat durch den Ministerpräsidenten Buch nicht stattgefunden.

1 Jahr 9 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung erhielt der Redakteur Dräxler vom RPD-Blatt in Halle, einem der übelsten und gemeinsten Hehler, vom Staatsgerichtshof in Leipzig zuerkannt für eine Anzahl Schimpfartikel und Putzschafforderungen im Sommer 1924.

## Hilfe für die Schwerindustrie.

### Natürlich die Kommunisten.

Das „Polbüro“ der KPD. kommt der Reichsregierung und den Schwerindustriellen zur Hilfe, indem es in einem langen Schimpfartikel in der „Roten Fahne“ behauptet, die sozialdemokratischen Minister hätten der Ausschüttung der 700 Millionen an die Ruhrindustriellen zugestimmt und die „Sozialdemokratischen Bürgerbewegung“ wären für die unbezahlte Mehrarbeit und den 12- und 14-Stundentag eingetreten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hätten den ausgemerzelten Kumpels begreiflich zu machen versucht, daß auch sie ihren Anteil an der Liquidierung des Ruhrkrieges zu tragen hätten, infolgedessen diese 10 Stunden und mehr täglich schufteten mußten.

Selbstverständlich weiß das „Polbüro“ der KPD., daß alle diese Behauptungen erlogen und erlogen sind. Es ist eine niemandem unbekannte Tatsache, daß die Ruhrbergarbeiter nie länger als acht Stunden gearbeitet haben und daß der Deutsche Bergarbeiterverband im vorigen Jahr einen schweren Kampf geführt hat zur Wiederherstellung der Siebenstundenschicht. Wie verlogen die Behauptungen der Kommunisten sind, geht insbesondere aus der Tatsache hervor, daß in derselben Nummer der „Roten Fahne“ die Tatsache erwähnt wird, daß der Deutsche Bergarbeiterverband bereits in einem Brief vom 17. Oktober, als er von dem sauberen Plane Wind bekommen hatte, von der Reichsregierung Unterstützung verlangt hat.

Die KPD., die sich von den deutschen nationalen Hintermännern hat benutzen lassen, um den Barmat-Standal aufzuführen, hat sich über den ungeheuren Ruhrskandal hartnäckig ausgeschworen und kommt jetzt den Schwerindustriellen zu Hilfe, indem sie in bewußt verlogener Weise die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen sucht für die beispiellose Verschwendung der Reichsgelder.

## Baden schützt die Republik.

### Disziplinarverfahren gegen einen Hochschullehrer.

Karlsruhe, 6. Februar. (WZ.) In Erledigung einer kurzen Anfrage vom Zentrumsabgeordneten über die Vorgänge bei der Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg wurde seitens der Regierung heute nachmittag im Landtag folgende Antwort erteilt:

Am 20. Januar erhielt die Unterrichtsverwaltung einen Bericht des Senats, in dem dieser feststellte, daß der Rektor der Universität, Dr. Freiherr Marschall von Bieberstein, in seiner Festrede über „Recht und Gesetz“ sich unbestreitbare Entsetzungen zuschulden kommen ließ, die um so lebhafter zu beklagen waren, als der Redner sich offenkundig bestrebt zeigte, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden. Die Vorlage des Manuskripts hat Freiherr v. Bieberstein verweigert, sich aber gleichwohl über den Inhalt der Rede geäußert und erklärt, daß ihm jegliche Absicht, irgend jemand zu verletzen, ferngelegen habe. In der Meinung, daß zwei Stellen der Rede Anstoß erregen könnten, habe er diese gestrichen. Bei der schlechten Beleuchtung und seinem fiebrigen Zustand sei ihm allerdings das Mißgeschick passiert, daß er in der Erregung die Streichung mit versehen habe. Er habe darüber sofort schriftlich sein Bedauern ausgedrückt.

Die Unterrichtsverwaltung könne ein abschließendes Urteil nicht gewinnen, ohne daß ihr der volle Wortlaut der Rede vorliege. Am 26. Januar sei daher gegen Freiherrn v. Bieberstein das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Weiter erklärte der Regierungsvertreter, daß beim Fackelzug der Studenten und der Festrede Anstoß zu Beanstandungen nicht vorgefallen hätten, und daß von Ausfälligkeiten nichts bekannt geworden sei.

## Hungerstreik in Moskau.

Auf Meldungen, die der Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie zugegangen sind, haben die im Moskauer Gefängnis internierten Sozialrevolutionäre den Hungerstreik begonnen. Es handelt sich anscheinend um die 11 Genossen, die im bekannten Moskauer Prozeß im Sommer 1922 zum Tode verurteilt und später begnadigt wurden.

## Umwälzung der Wärmetechnik?

Von Dipl.-Ing. Dr. Hamm.

Durch die Zeitungen geht die Nachricht von einem ganz neuartigen Dampfkessel, den ein deutscher Ingenieur Namens Becker erfinden haben soll. Dieser Kessel soll lediglich aus einigen Röhren bestehen, die von außen durch eine Dofflamme erhitzt werden und in die das Wasser in zerstäubter Form eingespritzt wird. Bei der Berührung mit der heißen Wand verwandelt es sich augenblicklich in Dampf, und es soll möglich sein, mit dieser einfachen Vorrichtung Dampf von sehr hohem Druck (es werden 150 Atmosphären genannt) zu erzeugen. Außerdem könne man schon fünf Minuten nach dem Anheizen Dampf entnehmen. Der Kessel bedeute eine vollständige Umwälzung in der Wärmetechnik.

Zu dem letzten Punkt erübrigt sich wohl eine Bemerkung. Ohne eine solche Umwälzung geht es nun mal in der heutigen Reklame nicht. Der Wissenschaft von der Wärme ist es ganz gleichgültig, ob man den Dampf nach fünf Minuten oder nach fünf Stunden fertig hat, sie beschäftigt sich mit ganz anderen Dingen. Auch ist diese Zeit keineswegs besonders imposant. Denn jede so heiße Flamme wie Öl oder Kohlenstaub verflüchtigt die Anheizzeit eines Kessels ganz erheblich, die großen Dampfkessel der Kriegsschiffe, die sich doch schließlich gegenüber einer kleinen Versuchsanordnung verhalten wie ein Riese zum Zwerg, waren im Notfalle in sieben Minuten auf vollen Druck zu bringen. Und die Idee zeichnet sich durch alles andere eher aus als durch Neuigkeit. Denn schon vor hundert Jahren veröffentlichte Perkins den Entwurf zu seinem Röhrenkessel, der seitdem in verschiedenen Formen immer wieder probiert worden ist. Er ähnelt dem Becker'schen Kessel aufs Haar, scheidete aber an der nicht zu überwindenden Schwierigkeit der Röhrenbildung. An der Stelle, wo das Wasser auf die heiße Rohrwand aufspritzt, setzt sich sein ganzer Salzgehalt ab, so daß diese Stelle in sehr kurzer Zeit vom Wasser nicht mehr gefüllt wird, anfängt zu glühen und schließlich durchbrennt. Das kann man nur verhindern, indem man destilliertes Wasser zum Speisen nimmt, eine große Erschwernis. Ferner ist solch ein Kessel für Schwankungen in der Dampftemperatur ganz ungeeignet. Er verdampft das ihm zugeführte Wasser sofort, wenn aber die von ihm gespeiste Maschine eine größere Leistung aufzubringen hat und dazu mehr Dampf gebraucht, verflüchtigt er, denn er weiß nicht, woher ihn nehmen. Bei den meisten Maschinen sind aber solche Leistungsschwankungen etwas ganz Gewöhnliches, in Elektrizitätswerken sind sie sogar außerordentlich groß.

Ein Gebiet, auf dem solch ein Kessel Bedeutung haben könnte, wäre dagegen das der Fahrzeuge. Ältere Leser werden sich noch der Dampftaxi erinnern, die zu Beginn dieses Jahrhunderts hergestellt wurden, die mit ihren zierlichen Formen und ihrer vollkommenen Geräuschlosigkeit diese Freunde hatten. Ihre Weiterentwicklung scheiterte an der Schwierigkeit, einen genügend großen

Kessel und die benötigte Menge Brennstoff mitzuführen. Sie würden sonst, z. B. auf dem Lande, sicherlich große Verbreitung gefunden haben. Sollte der Becker'sche Kessel sich für diese Zwecke als geeignet erweisen, so hätte er auf alle Fälle seine erheblichen Verdienste, auch ohne daß Technik und Wissenschaft gleich eine vollständige Umwälzung erfahren.

Englisches Konversationsspiel. Von den in Berlin über die Bühnen gegangenen „Spielen Lady Frederic“, „Victoria“ und „Mrs. Dot“ des Engländers Maugham ist „Mrs. Dot“ das schwächste. Dank der hünen Regie und der lebendigen Darstellung im Vesting-Theater brachte es „Mrs. Dot“ gestern zu einem Erfolg, der ihm zur Bewahrung des Kassierers eine Weile treu bleiben dürfte. Der Stoff des Lustspiels ist nicht gerade neu. Er bildet früher den beliebten Inhalt für leichte Operetten mit schmaltzer Einschlag. Frau Dot, eine junge und immens reiche Witwe, möchte partout Herrn Gerold zum Mann, der sich indessen in einem vorübergehenden Zustand von Unüberlegtheit anderwärts verlobt hat. Trotz sich aufstürmender Hindernisse macht sich die äußerst zierliche Dame den Weg zu ihm frei, indem sie einen anderen jungen Mann auf das hinderliche Mädchen scharf macht, der sie denn auch entführt, so daß Herr Gerold sich guten Gewissens mit Frau Dot verloben kann.

Maugham hat Bühneninstinkt. Er versteht es, Spannung zu erzeugen und geistreichende Paradoxe im Stil Bernard Shaw oder Oscar Wilde anzubringen, mit denen er den oberen Zehntausend Englands Stiche verlegt. Zum Beispiel „das Mädchen verliert über einen solchen Grad von Dummheit, daß sie für jeden Engländer das Muster einer Ehefrau bilden dürfte.“ Dadurch bekommt das magere Stück einen Reiz.

Leopoldine Konstantin, die schon Gelegenheit hatte, als Lady Frederic zu brillieren, verließ dem Abend einen besonderen Glanz. Sie ist die vollendete Dame von Welt mit viel Temperament, mit einer durchaus possenden Ähnlichkeit des Semits (ohne seelenlos zu sein) und mit dem seltenen Charme der pikanten Frau, die den Männern die Köpfe verdreht. Georg Alexander, ihr Gegenpieler, gewann sich im Ru alle Herzen; ein lieber, herziger Junge.

Europa und China. „Hätten da die chinesischen Kaiser zu Ehren ihrer Ahnen ein ungeheures Bergwaldgebiet als unantastbares Heiligtum erklärt. Ohne daß sie eigentlich daran dachten, hätten sie das erste großartige Naturschutzgebiet der Welt errichtet.“ So steht es geschrieben in einer weitverbreiteten deutschen Vereinszeitschrift. Wie groß steht doch der europäische Zeigenscheit vor den alten dummen Chinesen da! Wenn die Natur durch die Technik zum Teufel geht, so gründet er zuerst, wie ein faulisch veranlagter Arbeiter langsam in „Zeiten und Völkern“ plaudert, einmal einen Verein und sucht dann zu retten, was zu retten ist. Schließlich soll doch irgend noch etwas beim Alten bleiben, so aussehen, wie es die Vorfäter gesehen haben, weil uns hier und da ein bißchen bange wird vor den Erzeugnissen der Zivilisation und wir uns manchmal mit Recht fragen, was das eigentlich weitergeben soll. In tristem Aberglauben aber erklärten die chinesischen Kaiser, — ohne einen Verein zu gründen — ein ungeheures Bergwaldgebiet zum Heiligtum der Ahnen, als das Land Gefahr lief, überaktiviert und überdückert

zu werden, und schufen so ganz aus Versehen einen Naturschutzpark. Die Chinesen haben einfach Ehrfurcht vor dem, was war. Und wir?! Ein merkwürdiges Volk übrigens, diese Chinesen! Ganz aus Versehen erfinden sie das Pulver, ohne aus den göttlichen Gedanken zu kommen, man könne damit Weltkriege machen, ganz aus Versehen erfinden sie den Kompass, ohne 50 000-Tonnen-Dampfer mit Geschäftenreisenden und Jagtrovanden um die Erde zu jagen, ganz aus Versehen bringen ihre Händler Seidenstoffe ins römische Weltreich, ohne eine Seidenbörse in Rom zu errichten und einen neutralen Hafen dafür im Mittelmeer mit Kanonen zu erzwingen, ganz aus Versehen entdecken sie vielleicht Amerika, ohne die Indianer auszurotten und Bollwerke zu bauen. Ganz aus Versehen reden ihre — natürlich reichlich belanglos! — Philosophen seit 2500 Jahren vom platonischen Idealismus, vom „Ding an sich“, von den Kantischen Antinomien, von der Relativität der Werte, alles ohne die betreffenden Standardwerke darüber zu schreiben. Wofür weil sie zu feilsch ausgeglichen, d. h. zu faul dazu sind! Ja, es ist höchste Zeit, daß wir den Chinesen unsere Kultur bringen!

Kulturarbeit in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie besitzt einen großen Buchverlag, der unter der Leitung des Genossen Socenec steht, sowie zwei Druckereien und mehrere Buchhandlungen. Der Verlag beschäftigt sich nicht nur mit der Herausgabe sozialistischer Literatur — so sind Marx' Kapital und Werke von Engels, Lenin, Wehring, Bebel, Jaurès, Bauer u. a. übersetzt und in zum Teil sehr hohen Auflagen verbreitet worden —, sondern läßt auch die besten Werke der schönen Literatur aller Sprachen in Volksgläubigen erscheinen. — Mit der tschechoslowakischen Partei in engster Verbindung steht der tschechische Arbeiterturnverband, der im abgelaufenen Jahre mehr als 100 000 Mitglieder zählte. Er besitzt eine Freidank- und eine Abstinenzsektion und leistet bemerkenswerte Arbeit nicht nur auf dem Gebiete der körperlichen Ausbildung, sondern auch der geistigen Erziehung der Arbeiterschaft.

Die Wandtruppe als Kulturtheater. Was Hingabe an die Idee zu vollbringen vermag, davon zeugen die Leistungen und der von Monat zu Monat wachsende Spielbesitz des Mitteldeutschen Landestheaters, Halle a. S. Seinem Ziel: Erziehung und Erhebung der Volksbühnenmitglieder, Werbung und Förderung des Gemeinschaftsgefühls, Durchführung eines von Klassenrücksichten und Ungeheimen unabhängigen, streng künstlerischen Programms konnte es trotz mannigfacher Schwierigkeiten mit Erfolg nachgeben. Es verfügt jetzt fast 30 kleinere, mittlere und große Orte der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt regelmäßig mit Vorstellungen. Mit der Monatschrift „Das Volkstheater“ schließt es sich einem literarisch-dramaturgischen Begeisterer.

Im Renaissance-Theater findet Sonnabend, abends 8 Uhr, die 26. Aufführung von „Geschichte Weigen“ in der Vereinsbesetzung statt. Der Verband der konzertierenden Künstler Deutschlands hat an Erich des verstorbenen Kaiser Schramm's Professor Siegfried Ochs zum Vorsitzenden seines Vorstandes gewählt.

Die Detmolder Hochschule, die in der Kriegszeit für Staats- und Wirtschaftswissenschaften errichtet wurde, ist, da der kaiserliche Staat die Finanzierung von dem kaiserlichen Detmolder ergebens Unterstützung nicht aufbringen wollte, endgültig geschlossen worden.

## Preußen und der Finanzausgleich.

### Die Reichsfinanzpolitik und die Länder und Gemeinden.

Dem Amtlichen Preussischen Presseblatt wird aus dem preussischen Finanzministerium geschrieben:

Die Rede des neuen Reichsfinanzministers v. Schlieffen gelegentlich der kürzlichen Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder über die künftige Gestaltung der Reichs- und Landessteuern und ihre Verteilung auf Reich, Länder und Gemeinden hat vielfach eine Auslegung gefunden, die dem Sinne der Entscheidung der Finanzminister der Länder und den ihrer Stellungnahme zugrunde liegenden Beweggründen nicht gerecht wird. Sie hat in der Deutlichkeit zu Forderungen geführt, welche die einmütigen Forderungen der Länder auf steuerlichem Gebiet und ihre Finanzgebarung ebenso wie die der Gemeinden in einem falschen Licht erscheinen lassen.

Nach den eigenen Ausführungen des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage des Reiches und den kommenden Reichsetat kann wohl kaum ein Zweifel herrschen, daß sich ein wesentlich günstigeres Gesamtbild ergibt als beim Einzelhaushalte der Länder, insbesondere der des größten Landes: Preußen, der einen durch Mehreinnahmen aus Reichsteuerüberweisungen und aus Erhöhung steuerlicher Einnahmen noch zu bedeckenden Fehlbetrag von 417 Millionen aufweist. Natürlich bildet den Ausgangspunkt für alle Wünsche und Forderungen der Länder der Grundsatz, dem Reiche das zu geben und zu lassen, was es zur Erfüllung der Reichsaufgaben bedarf. Andererseits erfordert es die Eigenschaft der Länder mit ihren Gemeinden als eigentlicher Träger der kulturellen und sozialen Aufgaben, daß sie über die erforderlichen steuerlichen Einnahmequellen in einem Ausmaße verfügen können, welches zur Erfüllung der zahlreichen ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben unerlässlich ist.

Daß bei der Bemessung des erforderlichen Bedarfs unter den gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Grundgedanke größter Sparsamkeit bei allen Ausgaben strengstens zu beachten ist, bedeutet eine so selbstverständliche Voraussetzung, daß sie in der ursprünglichen für eine Veröffentlichung nicht bestimmten Entscheidung der Landesfinanzminister nicht ausdrücklich erwähnt worden ist. Ohne ihre Beachtung würde die Entscheidung der Landesfinanzminister ihrer wesentlichsten Grundlage entbehren. Hinsichtlich der Höhe des unumgänglich notwendigen Ausgabebedarfs besteht auch zwischen den Schätzungen des Reichsfinanzministeriums einerseits und den Berechnungen der Länder und Gemeinden andererseits kein nennenswerter Unterschied. Selbst der Reichsfinanzminister schätzt den gegenwärtigen Nettoausgabebedarf der Länder und Gemeinden auf 45 bis 50 Proz. über den einseitigen Zuschußbedarf der Vorkriegszeit, ein Ergebnis, das auch in dem Entwurf des preussischen Haushaltsplans für 1923 seine rechnerische Bestätigung findet. Diese Schätzung mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, wenn man an die Verkleinerung des Staatsgebietes und die Befreiung der Länder von der Zinsenlast ihrer fundierten Anleihen denkt. Demgegenüber aber sei darauf hingewiesen, daß die allgemeine Steigerung des Preis- und Lebenshaltungstandes gegenüber der Vorkriegszeit naturgemäß auch in den öffentlichen Haushalten in Erscheinung tritt: Für Preußen insbesondere soll in diesem Zusammenhange zur näheren Erläuterung der Mehrausgaben nicht unerwähnt bleiben, daß allein die Erhöhung der staatlichen Beteiligung an den laufenden persönlichen Volksschulunterhaltungskosten von annähernd  $\frac{1}{4}$  auf  $\frac{1}{2}$  für den Staat eine Mehrausgabe von über 1/4 Milliarden bedeutet, daß beispielsweise die Anlässe für die Schutzpolizei und die Erwerbslosenfürsorge mit 60 Millionen und 25 Millionen Ausgaben darstellen, wie sie in der Vorkriegszeit nicht oder nicht annähernd in solcher Höhe an den Staat herangetreten sind. Uebrigens sind auf der Einnahmeseite die für allgemeine Staatszwecke verfügbaren Betriebsüberschüsse der Eisenbahnverwaltung in Höhe von rund 1/4 Milliarden jährlich in Fortfall gekommen.

Bei den Gemeinden und Gemeindevorständen erstarkt sich der Mehrbedarf trotz der erwähnten Entlastung durch den Staat auf dem Gebiete der persönlichen Volksschullasten, die indessen wegen des erheblich gestiegenen Gesamtaufwandes für die Lehrerbeförderung sich nur gering auswirken, vor allem durch die außerordentlich stark gestiegenen Soziallasten, Wegebaukosten usw.

Bei fast übereinstimmender Schätzung des auf das sparsamste bemessenen Ausgabebedarfs bestehen aber hinsichtlich seiner Deckung zwischen den Berechnungen des Reiches und der Länder grundlegende Unterschiede. Gerade im Hinblick auf das Erfordernis weitgehendster Schonung unseres wieder erstarrenden Wirtschaftslebens ist es den Ländern schlichterdingens unmöglich, der vom Reiche als Grundlage des künftigen Finanzausgleichs aufgestellten Berechnung der voraussichtlichen Einnahmen, insbesondere der aus den Realsteuern, zu folgen. Schätzungen, die gegenüber einem friedensmäßigen tatsächlichen Aufkommen an Gewerbesteuer in Preußen von noch nicht 100 Millionen mit 500 Millionen veranschlagt sind, stehen für Preußen nach Lage unserer allgemeinen Wirtschaft und der ihr gegenüber zu nehmenden Rücksicht so außerhalb jedes Bereiches der Erörterung, daß sie in dieser Höhe keinesfalls als zu realisierende Einnahmequellen hingenommen werden können. Eine überspannte Schätzung seitens des Reiches liegt auch hinsichtlich des zu erwartenden Aufkommens an Grundvermögenssteuer vor. Angesichts des ungedeckten Fehlbetrages, der durch Zurückführung der vom Reiche stark überschätzten Erträge an Realsteuern auf ein für die Wirtschaft erträgliches Maß im Haushalt der Länder entsteht, erscheint das Verlangen der Länder verständlich, jeden weitergehenden Zugriff des Reiches auf die Erträge der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mit Entschiedenheit abzulehnen und seine Beteiligung auf ein Maß beschränkt zu wissen, das Ländern und Gemeinden die erforderliche Bewegungsfreiheit bei Ausschöpfung dieser Steuerquellen gestattet. Eine Inanspruchnahme von 33% des Aufkommens an Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer allein durch das Reich müßte diese Bewegungsfreiheit aufs stärkste einengen.

Nach alledem würden sich Länder und Gemeinden bei weiterer finanzieller Beschränkung durch den neuen Finanzausgleich vor die Notwendigkeit eines noch stärkeren Abbaues ihrer kulturellen und sozialen Betätigung — nicht zuletzt auch zum Schaden des Reiches — gestellt sehen. Es ist deshalb der Gedanke der Solidarität und Notgemeinschaft zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in den Vordergrund zu stellen und zu hoffen, daß nach sorgfältiger Prüfung und Würdigung aller Verhältnisse in den Kommissionsberatungen eine Einigung erzielt wird, die den Lebensnotwendigkeiten der Länder und Gemeinden ebenso wie denen des Reiches Rechnung trägt. Nur eine solche Einigung würde dem inneren Wesen eines Finanzausgleichs entsprechen.

## Ein Richterspruch und seine Korrektur.

### Die Verantwortlichkeit des Redakteurs.

Was sich nach der Emmingerischen Justizreform gewisse Einzelrichter erlauben können, das wurde dieser Tage vor dem Landgericht Antwerp aufgetischt. Unser dortiges Parteiblatt hatte etwa eine Woche vor der Reichstagswahl in seinem Teil „Volks- und Provinzialblatt“ eine Abhandlung über den Kriminalfall von Rahmer v. Land und veröffentlicht. Für diesen Teil zeichnete als verantwortlicher Redakteur der Genosse Reitsch.

Der Anwalt des Herrn v. Rahmer, Rechtsanwalt Frommer aus Antwerpen, kam eines Tages persönlich in die Redaktion, übergab dem politischen Redakteur, Genossen Ray, eine Berichtigung zu dieser Abhandlung und erklärte, als Ray ihn an den zuständigen Kollegen verwies, er habe es nur mit dem politischen Redakteur zu tun, denn die Abhandlung sei „politisch“. Er stellte fest, daß die Uhr 9,31 zeigte und eilte davon, um sich zu dem Amtsrichter Marks zu begeben, der sofort die Privatklage annahm, so daß Ray schon um 11 Uhr vormittags, also zwei Stunden nach dem Besuch des Rechtsanwalts, durch Sonderboten des Amtsgerichts die Klage zugestellt erhielt.

Tatsächlich hat derselbe Amtsgerichtsrat Marks in seiner Eigenschaft als Einzelrichter Emmingerischer Prägung es fertig gebracht, den Genossen Ray zu 1000 Mark Geldstrafe zu verurteilen, obgleich ihm nachgewiesen wurde, daß nicht Ray, sondern Reitsch verantwortlich sei. Dieser Herr Marks erklärte, der Artikel sei „politisch“, und da nach den Angaben in der „Märkischen Volksstimme“ Ray „für Politik“ verantwortlich sei, so müsse er bestraft werden. Die räumliche Abgrenzung der Verantwortung für den Inhalt des Blattes erkannte dieser Einzelrichter nicht an.

Diese Entscheidung des Amtsgerichts Antwerpen war eine in der Geschichte der deutschen Presse bisher kaum erlebte Leichtfertigkeit. Die Strafkammer, die von dem zu Unrecht Verurteilten als Berufungsinstanz angerufen wurde, hob selbstverständlich das Urteil auf und sprach den Angeklagten auf Kosten des Privatklägers frei. Die Frage ist, ob nicht dem Einzelrichter gerechterweise die Resten hätten auferlegt werden müssen. Denn ein Bild in einer beliebigen Kommentar zum Reichspressegesetz hätte ihn auf eine ganze Reihe von Entscheidungen des Reichsgerichts aufmerksam machen müssen, die die Verantwortung mehrerer Redakteure in einer Zeitung ganz klar und unzweideutig behandeln. Hat er einen solchen Bild in einen solchen Kommentar geworfen? Und wenn ja, wie kam er dann zu der Entscheidung, die dem Privatkläger unnütze Kosten und dem zu Unrecht Verurteilten überflüssige Scherereien bereiten mußten?

## Die Holzschläge der Firma Himmelsbach.

Im weiteren Verlauf des gestrigen Termins in der Beleidigungsklage der Firma Himmelsbach gegen den Redakteur des „Holzmarkt“, Fernbach, gaben die Rechtsvertreter der Firma Himmelsbach die Erklärung ab, der Vertrag zwischen den elf deutschen Holzfirmen und den Franzosen sei unter Zwang abgeschlossen worden, da sonst ihre Werte wegen Rohstoffmangels zum Erliegen gekommen wären.

Die Vernehmung der Zeugen ergab im wesentlichen, daß die Firma Himmelsbach außer dem erwähnten Vertrag hinter dem Rücken der anderen Holzfirmen geheime Sonderverträge mit den Franzosen abgeschlossen hat. Der Sondervertrag an Holz sollte im ganzen 500 000 Festmeter ergeben. Für die Platz sicherte sich Himmelsbach einen Holzschlag von 55 000 Festmeter. Die Firma hat in acht Wochen rund 80 000 Festmeter Holz geschlagen, etwa den sechsten Teil der von den Franzosen in drei Jahren verlangten Menge.

Preußen ist dadurch ein Waldschaden von 6000 bis 9000 Morgen entstanden. Der Schaden in der Platz ist nach den Angaben des Vertreters der pfälzischen Regierung vielleicht erst in 200 Jahren wieder gutzumachen. Für Hessen handelte es sich um die Wegnahme der wertvollsten Eichenbestände, so daß ein ungeheurer großer Schaden angerichtet wurde. Der Vertreter der hessischen Regierung sagte aus, Angehörige der Firma hätten sich alle Mühe gegeben, die französischen Forstbehörden auf die wertvollen Bestände des hessischen Staates aufmerksam zu machen, damit sie der Firma Himmelsbach zum Schlagen überlassen wurden.

Sowohl die Vertreter der preussischen wie der bayerischen und hessischen Regierung erklärten, die Verträge seien gegen den Willen und ohne Wissen der betreffenden Landesregierungen abgeschlossen worden. Der Firma sei durch den Holzschlag ein großer Vorteil zugeflossen. Ein Zwang habe in der von der Firma behaupteten Weise nicht vorgelegen.

Die Rechtsvertreter der Firma Himmelsbach stellten am Schluß der Sitzung den Antrag, eine Reihe von weiteren Zeugen zu laden, die beweisen sollen, daß für die Firma lediglich nationalökonomische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien und daß sie der Auffassung gewesen sei, die Regierungen lehnten die Verträge zwar für sich ab, seien aber nicht etwa überhaupt Gegner der Verträge. Die hessische Regierung vor allem habe sich auf Grund des Materials davon überzeugt, daß Himmelsbach aus einwandfreien Motiven gehandelt habe. Der Privatkläger könne nachweisen, daß von ungerathen Verdiensten bei den Verträgen nicht die Rede sein könne.

Die Verhandlung wurde darauf auf Montag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

## Die russischen Arbeiter ohne Lohn.

### Sowjetwirtschaft auf Kosten der Arbeiter.

Auf der Plenarversammlung der Zentralkontrollkommission in Moskau hat das Mitglied Korotkow ein ausführliches Referat über die rückständigen Löhne in den verschiedenen Industrien gehalten. So schulden z. B. die Real-Weilwerke den Arbeitern eine Million Mark. Die verschiedenen Kohlenbergwerke schulden ihren Arbeitern etwa 4 750 000 Mark. Der Zuckerrust war an Löhnen im Dezember mit 11 200 000 Mark rückständig. Allerdings sprach der Referent die Hoffnung aus, daß es in den nächsten Tagen gelingen werde, diese großen Summen zurückzubekommen. Die Ursachen für diese rückständigen Löhne sollen einerseits in den ungenügenden Krediten, die die Industrien bei den Banken erhalten, und andererseits in dem ungenügenden Absatz der Produkte ihre Erklärung finden.

Der Referent machte die Plenarversammlung darauf aufmerksam, daß in diesen beständigen Verzögerungen bei der Auszahlung der Löhne nicht nur eine große wirtschaftliche, sondern auch eine politische Gefahr liege. Man könne unmöglich die Produktion unter solchen Umständen haben, und es drohe ein Riß zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Zahl der Arbeitslosen hat 1 1/2 Millionen überschritten.

Verteidigungsschritt des Finanzministers. Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtenbeholdung von 1907 bis zum Dezember 1924 zugegangen. In ihr sucht der Reichsfinanzminister v. Schlieffen seine Politik der Reduzierung der unteren Beamtengehälter und Höherstellung der oberen Beamten zu rechtfertigen.

## Die Kölner Räumungsfrage.

### Amerika hofft auf baldige Regelung.

London, 6. Februar. (WTB.) Der diplomatische Botschafter des „Daily Telegraph“ meldet: Im Laufe der Besprechungen, die der britische Botschafter in Paris mit Herriot hatte, neben der Schuldenfrage das Kölner Problem und der griechisch-türkische Streit erörtert worden. In französischen Kreisen zeigte sich wachsende Neigung, das Kölner Problem mit der allgemeinen Sicherheitsfrage zu verschmelzen. Diese Tendenz ist jedoch, da sie mit den Entwaffnungsbestimmungen des Versailles-Vertrags nicht zu tun habe, in London keinen Widerhall. In amerikanischen Kreisen hoffe man offenbar auf eine baldige Regelung der Kölner Angelegenheit durch die Alliierten in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung, damit nicht die glatte und erfolgreiche Arbeit des Dawes-Planes durch eine Änderung des jetzt in Deutschland vorhandenen guten Willens beeinträchtigt werde.

## Vorbereitungen zur Räumung.

### Wermelskirchen und Engelskirchen von den Engländern geräumt.

Köln, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im englischen Besatzungsgebiet haben die Briten in den letzten Tagen mit der Räumung von Außenorten begonnen. Vor einigen Tagen wurde die britische Besatzung aus Wermelskirchen auf Solingen zurückgezogen. Ferner wurde der Ort Engelskirchen, der seit 1919 britische Besatzung hat und der bisher wichtiger Grenzkontrollort an der Grenze des unbesetzten Gebietes war, ebenfalls von der britischen Besatzung geräumt.

## Exportabgabe und Reparationen.

### Intervention des Reparationsagenten in London.

London, 6. Februar. (WTB.) Der diplomatische Botschafter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der Generalagent für Reparationen, Parker Gilbert, setzte gestern seine Besprechungen über einen Modus vivendi wegen der Zahlung der 20prozentigen Reparationsabgabe fort. Außer in der Frage der Pauschalzahlung und in der Währungsfrage bemüht sich Parker Gilbert, auch eine Vereinbarung mit dem britischen Schatzamt zu erreichen, die automatisch der Einziehung der Abgabe durch England Einhalt tun würde, sobald der eingezogene Betrag die England zugestimmte Quote der Dawes-Annullität erreicht hat. Gegenwärtig ist die Summe, die Großbritannien durch die Abgabe erhält, derart, daß, wenn sie in der bisherigen Weise fortgesetzt werden würde, ungefähr der doppelte Betrag der britischen Quote erreicht werden würde, was zu erheblichen Schwierigkeiten führen würde.

## Die französische Heeresreform.

### Linkerepublikanische Anträge.

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer hat der republikanisch-sozialistische Abgeordnete Reynaud gemeinsam mit einer größeren Anzahl anderer Abgeordneter einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, sofort einen Gesetzesentwurf über die Herabsetzung der Militärdienstzeit und die Umgestaltung der Armee der Kammer vorzulegen.

## Trendelenburg wieder bei Raynaldy.

### Kompromissmöglichkeiten.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterredung, die Staatssekretär Trendelenburg am Donnerstag mit dem französischen Handelsminister Raynaldy gehabt hat, hat nicht weniger als zwei Stunden gedauert. Gegenstand des eingehenden Meinungsaustausches bildeten die in den letzten Wochen gewechselten Noten, und es heißt, daß beide Delegationschefs von dem Ergebnis dieser Aussprache, die die Möglichkeit zu einem Kompromiß eröffnet zu haben scheine, befriedigt waren.

Wenn auch von einem großen Teil der französischen Presse die deutsche Antwort auf die letzten Vorschläge der französischen Handelsvertragsdelegation günstig beurteilt wird, so wäre es doch verfrüht, alle Schwierigkeiten bereits für überwunden zu halten. Die Bestimmung, von der Deutschland den Abschluß eines Protokolls abhängig macht, daß nämlich Frankreich sich verpflichtet, Deutschland in dem später abzuschließenden definitiven Handelsvertrag die Meistbegünstigung de facto zu gewähren, scheint in den führenden französischen Wirtschaftskreisen noch immer auf starke Widerstände zu stoßen, deren Sprachrohr am Donnerstagsabend der „Temps“ macht. Das Blatt behauptet, daß Deutschland damit eine Forderung stelle, deren Erfüllung die geltende französische Gesetzgebung ausschalte. Daß dies in Wirklichkeit keineswegs der Fall ist, zeigt am besten die Tatsache, daß die französische Delegation diese prinzipielle Zusage bereits in der Vereinbarung vom 12. Oktober gemacht hat, die sie allerdings dann späterhin zurückziehen versucht hat. Was Deutschland verlangt, ist nicht die Meistbegünstigung schlechthin, sondern lediglich die Zusage, daß die deutsche Einfuhr nicht schlechter gestellt werde als die irgendeines anderen Landes. Der „Temps“ aber erklärt, daß Frankreich sich unter allen Umständen die Möglichkeit zu einer Interdenonierung der verschiedenen Länder vorbehalten müsse und daß, wenn die deutsche Delegation ihre Bestimmung nicht fallen lasse, der Erfolg der Verhandlungen in höchstem Grade problematisch erscheine. Es ist nicht anzunehmen, daß das Blatt mit diesen Auslassungen die Auffassung der maßgebenden französischen Stellen wiedergibt. Gerade die hinter dem „Temps“ stehenden Kreise der Industrie aber sollten nicht vergessen, daß Frankreich bei einem Abbruch der Verhandlungen mindestens ebensoviel, wahrscheinlich aber sogar weit mehr zu verlieren haben werde als die deutsche Wirtschaft, deren Erzeugnisse in der Mehrzahl bisher schon durch die Prohibitivität des französischen Generaltarifs vom französischen Markte ausgeschlossen waren.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für Freitag, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das Handelsabkommen mit Siam.

Der Bevölkerungspolitische Ausschuss des Reichstags nahm den sozialdemokratischen Antrag an, wonach der leinerzeit zurückgestellte Schankstättengesetzentwurf mit dem Gemeindebestimmungsrecht nunmehr dem Reichstage ungeschmälert vorgelegt werden soll.

Das Schöffengericht Königsberg verurteilte den Redakteur Hadel des „Stahlhelm“-Wochenblattes „Lannenberg“ wegen Beleidigung der Reichsregierung auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik zu 15 Tagen Gefängnis, an dessen Stelle unter Anwendung des Geldstrafengesetzes 150 Goldmark treten sollen.

Karnavalsoverbot im Regierungsbezirk Köln. Eine Verordnung des Kölner Regierungspräsidenten ordnet an, daß im ganzen Regierungsbezirk Köln öffentliche karnevaleskische Umzüge verboten sind. Verboden ist ferner das Tragen karnevaleskischer Kleider und Trachten jeder Art auf öffentlichen Straßen, sowie das Singen und Spielen karnevaleskischer Lieder.



Mörder!

In Württemberg wurde er als Sohn eines reichen Gutsinspektors geboren. Bunte Jugend in Pensionat und Schule. 1916 Rotabatur, Kriegsfreiwilliger, Fahnenjunker. Kämpfte in Rußland, kämpfte im Westen, wird Offizier. Der Krieg ist zu Ende, das Studium soll fortgesetzt werden, nach Tübingen gehts, nach Stuttgart, dann öfters und öfters und immer häufiger —

Denn dort tritt „sie“ auf, im Kabarett, als Längerin. Und statt in Tübingen das juristische Kolleg wird in Stuttgart die Technische Hochschule besucht. Was befriedigt, wenn das Tempo des Blutes schneller ist als das der Zeit? Reißt sich los. In München in der Organisation C tätig, bis ihn über den rechtsputzistischen Schwundel die Augen aufgehen. Neun Monate in Mailand als Dolmetscher. Will unter Kemal Pascha bei den türkischen Aufständen kämpfen, wird aber nach Bulgarien verschifft und ist dort sabelhaften Sprachkenntnis sieben Monate in Sofia als Chefkorrespondent tätig. Weiter, weiter, weiter! Konstantinopel, Smirna, Athen, Kapell Fremdenführer bei Coos, Reisebegleiter in ganz Italien. Sigt in Genoa auf einmal ohne Geld, lernt einen schwedischen Kapitän kennen und fährt mit dem nach Alexandria und Tunis. Drückt sich zwischen Arabern herum, abenteuerlich nach England durch, wird abgehoben nach Hoel van Holland und sitzt eines Tages wieder in Berlin. Hält nicht aus, führt wieder Fremde in Rom, lebt in Venedig, spielt in Monte-Carlo und hat Pech in Wien. Geld geht aus, kann im Hotel Imperial die Rechnung nicht bezahlen, soll wegen Zedpresserei verhaftet werden, prügelt sich mit dem Kriminalkommissar, wird wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt und dauernd Landes verwiesen.

Und Weihnachten 1924 sitzt der junge Mann abermals in Berlin, schlägt sich durch als Autowäscher hier und Rotorfischer dort, eines Tages wird er am Anhalter Bahnhof verhaftet. In dem Studenten Gantner glaubt die Polizei den Lustmörder vom Arnswalder Platz zu haben, fest eine Woche lang hält sie ihn fest, fragt hin, fragt her, redet aus, redet ein: „Gestehen Sie, gestehen Sie!“ Und dieser Abenteuerer ohne jedes Papier und mit mächtig viel Intelligenz wars doch nicht! Die Polizei erkundigt sich überall, die Angaben über die Vergangenheit werden bestätigt, der Alibi-beweis für die Mordnacht gelingt.

Und Gantner ist frei. Ist frei? Ja, wenn diese vorläufige Berichterstattung der Polizei nicht wäre! Wenn diese Sensationspresse nicht wäre, die diese Geschichte vom Mord des „herabgekommene Studenten“ weidlich ausgeschmückt hat. Von Tür zu Tür, von Tor zu Tor läuft Gantner heute, will arbeiten und wird doch überall abgewiesen. „Gantner? Gantner?? Ne, ne, is nich... (Wahrscheinlich doch der Mörder, nicht wahr. Und dann ist er doch ein heruntergekommener Student.)“ — Alle großen Garagen hat Gantner nun schon abgekauft — umsonst, umsonst... Verkommenen wird er sicher nicht, das merkt man im längeren Gespräch, das die Augen nicht nur im Temperament, sondern auch in Ehrlichkeit, fast in Güte leuchten läßt. Aber in Deutschland wird er wohl nicht lange bleiben, denn „ich habe nichts übrig für ein Land, in dem man durch eine leichtsinnige Berichterstattung der Polizei ruiniert werden kann“.

nehmungen, die der Untersuchungsrichter Dr. Busch in Verbindung mit dem Finanzamt leitet, sind noch nicht abgeschlossen. Eine Verhaftung hat bisher nicht stattgefunden.

Gegen den Bürgerblock und System Schlieben. Beamtenfundegebung in der Stadthalle.

Am Donnerstag abend protestierte eine stark besuchte Versammlung der „Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer Groß-Berlins“ in der Stadthalle gegen den Bürgerblock und das System Schlieben. Nach der Begrüßung durch den Genossen Siebte ergriff das Wort Ministerpräsident a. D. Stellung zu dem Thema: „Der Bürgerblock und die Beamten“. „An einem Wendepunkt der deutschen Politik sind wir heute angelangt“, führte er aus, „aber es scheint, als wenn der Kurs rückwärts und nicht vorwärts ginge. Was sind das für Leute, die uns regieren wollen? Herr Reuhaus, der den Eid auf die Verfassung ablehnte, Herr Schiele, der 1919 auf die Frage nach seinem Lebensziel antwortete: „Wiedererlangen eines sozialen Kaiserturns auf föderativer Grundlage“, Herr v. Schlieben, der sich 1918 totschießen wollte, weil er „unter dem Gefindel“ nicht glauben diente zu können. Herr Dr. Luther ist als Reichstangler Vorsteher eines Kabinetts jener Kreise, die nur ein Interesse haben an egoistischer Wirtschaftsführung und ihrer Begünstigung auch an den höchsten Reichsstellen. Die Beamten haben mit den Arbeitern und Angestellten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß uns eine längere Bürgerblockpolitik und damit die Rückkehr zur Monarchie erspart bleibt. Ein Skandal sondergleichen ist es, daß kommunizistische „Arbeitervertreter“ sich als die Stelgebühler der Reaktion im Reich und auch in Preußen erwiesen haben. Die Politik der Reaktion erreicht außenpolitisch Erschwerung der bereits angebahnten Verständigungspolitik. Unter solchen Umständen mühten Streifenmanns Worte, daß eine Gehaltsaufbesserung möglich ist, sobald die Finanzen des Reiches es erlauben, wie ein Hohn wirken. Notwendig ist daher die Zusammenfassung in einer großen gewerkschaftlichen Organisation und Kampf der Sozialdemokratischen Partei gegen Bürgerblock für Freiheit und Demokratie. Nur Einigkeit macht stark. (Stürmischer Beifall.)

Ueber das „System Schlieben“ sprach näher Ministerialrat a. D. Gallenberg, der besonders auf die Denkschrift über die Beamtenbesoldung einging. Diese Denkschrift sei ein Dokument ärgster Klassenfeindschaft, denn sie stellt im Endergebnis fest, daß die unteren Beamten bereits erheblich stärker aufgebessert worden seien als die oberen. Ihre Wirkung ist somit, daß sie die Beamten untereinander, weiterhin aber auch die Beamten gegen die Arbeiter aufhebt, die vielgeprüfene und hehrgeehrte „Volksgemeinschaft“ wird durch sie gewiß nicht propagiert. Ist sie doch auch der Meinung, daß den höheren Beamten Ausgleich für fehlende Orden und Titel geschaffen werden muß, und daß bei ihnen — man staune! — mehr Sehnsucht nach „Kultur“ vorhanden ist. In einer Geldkammerrepublik haben wir nicht das geringste Interesse. Für uns ist mit Engels die „Republik der Vorläufer des Sozialismus“, aber wir müssen dafür sorgen, daß nun auch endlich einmal bei allen Republikanern das Bekenntnis aus der Erkenntnis wächst. Die Sozialdemokratische Partei tut, was unter den heutigen Umständen möglich ist; ihre Anträge im Reichstag verlangen u. a. Änderung der Besoldungsgesetzgebung, sofortige Aufhebung des Reichsperrgesetzes, bessere und anders orientierte Berücksichtigung der Pensionäre, Aufhebung der Personalabbauverordnung, Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten bei grundsätzlicher Erhaltung des Lichtstundentages. Nur in der Demokratie werden die Rechte des Beamten gewahrt, seine letzten berechtigten Ziele wird er nur in der sozialistischen Ge-

sellchaftsordnung erreichen. Genosse Siebte schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Freiheit und die Sozialdemokratie.

Ein verdächtiger Todesfall. Mord oder Selbstmord?

Die Frau des Trödlers Reinicke aus der Tiedstr. heute morgen um 8 1/2 Uhr in großer Aufregung nach der 2. des 3. Reviere in der Chausseestraße und meldete, daß sie ihren Mann in seinem Bett erschossen aufgefunden habe. Die Kriminalbeamten des Reviere eilten hin und fanden Reinicke mit einer Schußwunde in der rechten Kopfseite im Bett liegen. Die Schußwaffe lag unter dem Bett.

Frau Reinicke sprach von Selbstmord, ließ aber merkwürdiger Weise in der Aufregung die Bemerkung fallen, daß man ihr das wohl nicht glauben werde. Der Befund veranlaßte die Revierepolizei, die Mordkommission zu benachrichtigen. Die Untersuchung der Kopfverletzung ergab, daß Reinicke nach dem Gutachten Dr. Straßmanns wahrscheinlich nicht einen, sondern zwei Schüsse erhalten hat. Volle Gewißheit darüber wird erst die Obduktion bringen können. Reinicke wohnte mit seiner Ehefrau Alwine, geb. Engelhardt, und vier Kindern im 4. Stock in einer Wohnung, die aus einer Stube und Küche besteht. Das Ehepaar teilte diese Räume mit drei Töchtern von 14 bis 18 Jahren und einem Sohne von 10 Jahren. Im Keller des Hauses betrieb Reinicke einen Trödelladen. Er handelte mit alten Möbeln, Betten, Schuhen, die er auch selbst ausbesserte und allerlei anderen Sachen. Seine Frau trug Zeitungen aus, er selbst half zuweilen auch mit. Heute Morgen blieb Reinicke, wie seine Frau sagt, zuhause und im Bett liegen. Als die Frau vom Zeitungstragen nach Hause kam, fand sie, wie sie sagt, ihren Mann erschossen auf. Die Tochter Else, die die ganze Zeit in der Küche und gar nicht in der Stube gewesen war, gab zunächst an, daß sie einen Schuß gehört habe. Später jedoch widerrief sie das und will gar nichts vernommen haben. Frau und Töchter werden augenblicklich von der Mordkommission noch weiter vernommen.

„Reichsverband deutscher Rassenärzte.“

Die Befreiung der deutschen Ärzteschaft aus den Fesseln des Leipziger Verbandes, auf dessen Befehl der Reichsverband in den Jahren 1923/24 inszeniert wurde, der, wie wir schon früher nachwies, viele Opfer unter den Massen des Proletariats forderte, macht weitere Fortschritte. Nachdem das Reichsgericht durch seinen Spruch vom 27. Januar 1925 die Monopolstellung der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztesverbandes auf Behandlung aller Berliner Rassenpatienten und den Organisationszwang der Rassenärzte im Leipziger Verband für das ganze Deutsche Reich aufhob, schlossen sich die auf dem Boden der organisierten freien Ärztemehrheit stehenden und für den Ausbau der Rassenambulatorien eintretenden Ärzte im Reichsverband deutscher Rassenärzte, Sitz Berlin, Alexanderstr. 44, zusammen. Den Vorstand bilden Dr. Julius Rofes, R. d. R., Dr. von Raven, Regierungsrat, Dr. Hermann Bengl, R. d. R.

Wohltätigkeitskonzert der vereinigten Musikkorps. Das nächste und vorläufige letzte Wohltätigkeitskonzert der vereinigten Musikkorps und Spielkreise Berlins (Reben Musikkorps) in diesem Winter im Givus-Buch unter Leitung des Firmenmusikinspektors, Professor Edgar Hadenberger, und des Erlischen Männergesangsvereins unter Leitung seines Chorleiters, Professor Max Stange, findet am 8. Februar, 11 1/2 Uhr vormittags, Ball. (Karten zum Preise von 1-3,50 Mk.)

Zehn Zollbeamte in Spritschiebungen verwickelt. Ihres Dienstes enthoben wurden 10 Zollbeamte im Zusammenhang mit den Spritschiebungen Webers und anderer Schiebungen, die noch die Behörden beschäftigen. Es handelt sich um den Oberinspektor von Zillig, die Inspektoren Biesler und Reinicke, zwei Sekretäre und vier Assistenten. Die Suspensierten bestritten jede strafbare Handlung. Es liegen aber so viele Verdachtsmomente vor, daß sie vom Dienste suspendiert werden mußten. Die Ber-

Advertisement for 'Der unglaubliche Erfolg unserer Weissen Woche' featuring a list of clothing items and prices, including Gardinen, Wäsche, and Konfektion. Includes a large 'St' logo and a 'Warum war unsere Weisse Woche ein großer Erfolg?' slogan.

Beim Einkauf von 10 M. an 1 Vogelballon gratis!

